

Erdoğan und Öcalan verhandeln

Paradigmenwechsel in der türkischen Kurdenpolitik und neue Strategie der PKK

Kevin Matthees / Günter Seufert

Der Waffenstillstand zwischen der türkischen Regierung und der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist mehr als nur ein neuer Anlauf der Regierung Recep Tayyip Erdoğan, den fast 30 Jahre währenden asymmetrischen Krieg im überwiegend kurdisch besiedelten Südosten der Türkei zu beenden. Erstmals hat sich die türkische Regierung dazu bereitgefunden, den seit 1999 inhaftierten Gründer der PKK, Abdullah Öcalan, als Verhandlungsführer für die kurdische Seite zu akzeptieren. Zwar laufen die Verhandlungen erklärtermaßen als inoffizielle Gespräche unter Leitung des Geheimdienstes MIT, doch zu ihrem Fortgang nehmen der Ministerpräsident selbst und seine Minister direkt Stellung. Nicht minder groß sind die Veränderungen auf Seiten der Kurden. Unter Öcalans Einfluss haben die Repräsentanten der prokurdischen Friedens- und Demokratiepartei (BDP) von der Gründung eines kurdischen Nationalstaats Abschied genommen. Öcalan selbst zieht heute die Idee des Nationalstaats insgesamt in Zweifel. Damit schälen sich Umrisse einer gemeinsamen Vision der türkischen Regierung und der militanten kurdischen Opposition für die Türkei und für die zukünftige Rolle des Landes im Nahen Osten heraus.

Nach monatelangen Verhandlungen mit dem türkischen Geheimdienst erklärte der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, am 21. März 2013, dem kurdischen Neujahrsfest, die Periode des bewaffneten Kampfes sei abgelaufen. Noch am selben Tag ordnete Murat Karayılan, der Befehlshaber des bewaffneten Arms der Partei, einen unbefristeten Stopp aller militärischen Aktionen an. Im Gegenzug verzichtet die türkische Luftwaffe bislang auf weitere Angriffe gegen Stellungen der PKK im Kandilgebirge des Nordirak. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte mehr-

mals bekundet, das türkische Militär werde bei einem Waffenstillstand den Abzug der PKK-Kämpfer in den Nordirak oder nach Syrien nicht für weitere Angriffe nutzen. Damit hat er sich praktisch auf die seit Jahren von der PKK vorgetragene Forderung nach einem Waffenstillstand auf Gegenseitigkeit eingelassen.

Dem waren eine Reihe vertrauensbildender Schritte vorausgegangen. Am 13. März 2013 hatten Bewaffnete der PKK im kurdischen Nordirak, nahe der Grenze zur Türkei, acht türkische Beamte freigelassen, von denen einige schon vor mehr als eineinhalb

Jahren von der PKK entführt worden waren. Wohl schon seit November 2012 hat der türkische Geheimdienst im Auftrag der Regierung verdeckte Gespräche mit Öcalan geführt. Mit Ankaras Erlaubnis hatten zwei Abgeordnete der prokurdischen Friedens- und Demokratiepartei (BDP) Öcalan Anfang Januar 2013 im Hochsicherheitsgefängnis auf der Insel İmralı besucht. Eine zweite Delegation der BDP, die ihn am 23. Februar getroffen hatte, überbrachte Briefe Öcalans an die Spitze der BDP, an die aktuelle Führung der PKK-Kämpfer im Kandilgebirge des Nordirak sowie an die politischen Führungszirkel der PKK in Europa. Darin begründete Öcalan seine Entscheidung, den bewaffneten Kampf einzustellen, formulierte seine Erwartungen an Reformen des türkischen Staates und erläuterte die Schritte zum Abzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei. Nachdem die Antworten der BDP sowie der PKK-Führungskreise aus dem Nordirak und Europa auf seine Ausführungen bei Öcalan eingetroffen waren, rief dieser am 21. März dazu auf, die Kämpfe zu beenden.

Einen Rückschlag erlitt der Friedensprozess Anfang April. Erdoğan drängte auf den Abzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei unter Zurücklassung ihrer Waffen und weigerte sich gleichzeitig, seine Politik vom Parlament bestätigen zu lassen, wie es die kurdische Seite fordert. Die Regierung möchte vermeiden, dass die PKK über die Verhandlungen Legitimität gewinnt. Sie wird dies jedoch nicht verhindern können. Um in der Bevölkerung Unterstützung für die Initiative zu generieren, hat die Regierung einen aus 63 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bestehenden Rat der Weisen zusammengestellt, der dieser Tage seine Arbeit aufnehmen wird.

Der von Öcalan vorgelegte Friedensplan sieht den Abzug der Bewaffneten aus der Türkei in den Nordirak und Syrien vor. Der Rückzug soll unter Aufsicht des Parlaments und unter Beobachtung durch zivilgesellschaftliche Organisationen vor sich gehen. Gleichzeitig soll die Türkei vertrauensbildende Maßnahmen einleiten, etwa eine Wahrheitsfindungskommission einsetzen,

um Menschenrechtsverletzungen und politische Morde in der Kurdenregion aufzuarbeiten. Nach dem Abzug der PKK-Kämpfer bis Anfang November soll die Türkei Gesetze ändern, mit denen sie den Ausschluss von Kurden aus der Politik und die Kriminalisierung kurdischer politischer Positionen betrieben hat. So sollen die 10-Prozent-Hürde für den Einzug einer Partei ins Parlament auf ein in Europa übliches Maß gesenkt, die Terrorismusdefinition im Antiterrorgesetz und im Strafgesetzbuch konkretisiert und damit eingeschränkt und politische Häftlinge freigelassen werden. Die lokale Selbstverwaltung soll gestärkt werden und in dicht von Kurden besiedelten Gebieten soll Unterricht in der Muttersprache eingeführt und Kurdisch zur zweiten Amtssprache erklärt werden. Ihren symbolischen Ausdruck sollen diese Reformen darin finden, dass in der neuen Verfassung die Definition des Staatsbürgers nicht mehr auf das Türkentum und damit auf ethnische Kriterien Bezug nimmt. Sobald politische Forderungen der Kurden einschließlich der ehemaligen Angehörigen der PKK ungehindert im zivilen politischen Prozess vertreten werden können, wird die PKK, so Öcalans Konzept, die Waffen endgültig niederlegen.

In einer ersten Reaktion auf den Plan mahnte die Regierung den Abzug der PKK-Kämpfer bis Ende Juni, spätestens jedoch bis Anfang November an, wenn die Haushaltsberatungen beginnen.

Dieser Friedensplan des PKK-Führers stellt im Grunde nur eine leicht abgeschwächte Version der Vorschläge dar, die er schon 2009 unterbreitet hatte. Warum lässt sich die türkische Regierung anders als damals heute darauf ein?

Die Innenpolitik: Abschied von zentralen Gewissheiten und Positionen

Viele Beobachter beantworten diese Frage so: Ministerpräsident Erdoğan strebe die Einführung eines Präsidialsystems an, lasse zu diesem Zweck eine neue Verfassung ausarbeiten und wolle sich im August 2014

zum ersten Staatspräsidenten mit erweiterter Machtfülle wählen lassen. Weil seiner Partei die qualifizierte Mehrheit fehle, die nötig ist, um die Sache allein auf den Weg zu bringen, sei Erdoğan auf die Unterstützung der prokurdischen BDP angewiesen und verspreche den Kurden dafür größere lokale Selbstverwaltung.

Doch so richtig dieser Hinweis auf Erdoğan's persönliche Motive ist, so wenig können diese allein den aktuellen Strategiewechsel erklären. Zu groß ist das Risiko, das Erdoğan im Fall eines Scheiterns seiner Initiative eingeht, und zu verfestigt sind die Tabus, die mit dieser neuen Politik gebrochen werden.

Denn durch die aktuellen Verhandlungen mit der PKK nimmt die Regierung implizit Abschied von der bisher aufrechterhaltenen Vorstellung, eine seit 30 Jahren operierende bewaffnete Untergrundbewegung könne endgültig besiegt und das Kurdenproblem mit militärischen Maßnahmen allein gelöst werden. Die PKK war nur rund 150 Mann stark, als sie 1984 begann, Anschläge zu verüben. Heute geht man davon aus, dass 1500 bis 2000 Bewaffnete in der Türkei aktiv sind. Öcalan selbst spricht von 10 000 Kämpfern der PKK im Nordirak, 40 000 im Iran und 50 000 in Syrien. Nach drei Jahrzehnten Kampf und etwa 40 000 Toten setzt sich in Ankara die Einsicht durch, dass die PKK auch dann nicht ausgeschaltet wäre, wenn es gelänge, sie auf ihre ursprüngliche Größe zu reduzieren.

Die Aufnahme von Verhandlungen zeugt ferner vom schwindenden Vertrauen der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) in ihre Fähigkeit, wie bisher große kurdische Wählerschichten an sich zu binden. Zwar hat Erdoğan's AKP bei den letzten beiden Parlamentswahlen jeweils etwa die Hälfte aller Stimmen in den überwiegend kurdisch besiedelten Gebieten einfahren können, doch ist ihre Basis dort im letzten Jahr empfindlich eingebrochen. Erstmals haben sich explizit kurdisch-muslimische Parteien konstituiert, die fortan mit der AKP um die Stimmen der frommen Kurden konkurrieren. Mehr noch: Zuneh-

mend macht sich die säkulare Ideologie des kurdischen Nationalismus auch unter den religiös gebundenen Kurden breit, die bislang die AKP gewählt haben. Dass Ankara nun mit der PKK verhandelt, ist daher ein deutliches Zeichen, dass sich die Regierung bewusst ist, wie begrenzt die Reichweite bisheriger militärischer und politischer Strategien zur Marginalisierung der PKK ist. Nur vor diesem Hintergrund wird die Entscheidung zum nun eingeleiteten Kurswechsel verständlich, der die Türkei zu einer grundlegenden Revision ihrer bisherigen Positionen im Kurdenkonflikt und ihres Selbstverständnisses zwingt.

So lässt Ankara zu, dass die legale prokurdische BDP zusammen mit Öcalan und der PKK an den aktuell stattfindenden Gesprächen zwischen Öcalan und der Regierung teilnimmt, und akzeptiert damit die BDP offiziell als politischen Arm der PKK. Genau dieser Vorwurf hatte jedoch in den letzten 21 Jahren zu acht Verboten prokurdischer Parteien bzw. zu ihrer erzwungenen Selbstauflösung geführt.

Der zweite Tabubruch betrifft Öcalan selbst. In den vergangenen 30 Jahren ist er zum zentralen Feindbild von Volk und Vaterland stilisiert worden. Mit ihm zu verhandeln bedeutet, eine psychische Grenze zu überschreiten – die wohl am nachdrücklichsten gezogene rote Linie der bisherigen Kurdenpolitik. Heute setzt die Regierung darauf, dass der früher nur als Chefterrorist geschmähte Öcalan seine Rolle als zentrales Bindeglied zwischen BDP und PKK spielt, und erkennt ihn damit als Vertreter der kurdischen Nationalbewegung an. Damit nicht genug: Indem sie mit Öcalan und der PKK in Verhandlungen tritt, lässt sich die Regierung unausgesprochen auf die These ein, der Souverän der Türkei bestehe im Grunde aus zwei Völkern, den Türken und den Kurden.

Dies sind radikale Wechsel der Perspektiven, und entsprechend heftig fallen die Reaktionen der im Parlament vertretenen nationalistischen Oppositionsparteien aus. Die türkistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) trommelt im Westen des

Landes zu Demonstrationen, auf denen der Gründung der Republik Türkei als des Staates der Türken gedacht wird und die Verhandlungen als Schritte zur Auflösung ebendieses Staates gebrandmarkt werden. Die MHP beschuldigt Erdoğan des Vaterlandsverrats und droht ihm mit höchst-richterlicher Aburteilung.

Die säkularistische Volkspartei der Republik (CHP), die die Opposition anführt, ist ebenfalls nicht damit einverstanden, Öcalan in die Verhandlungen einzubeziehen. In der seit Mai 2012 tagenden Parlamentskommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung wenden sich beide Parteien strikt gegen jede Änderung des ethnisch definierten Staatsbürgerschaftsbegriffs und gegen die Einführung des Kurdischen als Unterrichtssprache und unterstreichen damit ihre Ablehnung des gesamten Projekts.

Auch in der Bevölkerung ist die Entscheidung der Regierung, sich mit der PKK ins Benehmen zu setzen, stark umstritten. In Istanbul (das der Herkunft seiner Einwohner aus allen Teilen Anatoliens und ihrer sozialen Schichtung wegen gut als Spiegelbild der Türkei aufgefasst werden kann) lehnt die Mehrheit der Befragten Verhandlungen mit Öcalan ab; nur ein Viertel begrüßt sie. Selbst unter den Wählern der AKP findet diese Politik keine Mehrheit.

Indem er Öcalan in die Verhandlungen mit der PKK einbezieht, geht Erdoğan also ein erhebliches Risiko ein. Die Absicht, innenpolitisch Frieden zu schaffen, kann diesen Schritt nicht hinreichend erklären. Und in der Tat spielen außenpolitische Bedrohungen und Chancen eine entscheidende Rolle für den Kurswechsel.

Der Faktor Syrien

In Syrien hat die sogenannte neue Außenpolitik des türkischen Außenministers Ahmed Davutoğlu erstmals Schiffbruch erlitten. Syrien war das Aushängeschild für das Projekt der wirtschaftlichen Durchdringung und der damit einhergehenden politischen Anbindung von Staaten der Region an die Türkei, die sich als neues Zentrum

im Nahen Osten etablieren will. Schritte in diese Richtung waren regelmäßige Regierungskonsultationen, militärische und kulturelle Zusammenarbeit mit Damaskus sowie Freihandelsabkommen und die gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht mit Damaskus, Amman und Beirut. Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien glaubte Ankara, die Umbrüche in der arabischen Welt trügen dazu bei, die Attraktivität der Türkei in der Region weiter zu erhöhen. Baschar al-Assads Weigerung, Reformen durchzuführen, hat jedoch gezeigt, wie begrenzt der türkische Einfluss auf Syrien ist. Heute drohen auch die anfänglichen Gemeinsamkeiten zwischen Ankara und Washington in der Unterstützung der syrischen Opposition zu erodieren. Anders als die USA wirbt die Türkei seit geraumer Zeit dafür, Flugverbotszonen und humanitäre Korridore zu schaffen, also für militärische Maßnahmen gegen Assad. Im Unterschied zu den USA lehnt die Türkei auch Verhandlungen mit dem Regime grundsätzlich ab. Ankara macht sich zudem bisher wenig Gedanken über die Gefahr, dass von Katar und Saudi-Arabien finanzierte Waffen in die Hände radikal-islamischer Gruppen gelangen könnten.

Die Kooperation, die die Türkei in Bezug auf Syrien mit den sunnitischen Mächten Saudi-Arabien und Katar eingegangen ist, hat zudem bewirkt, dass sich das Zerwürfnis mit dem schiitisch kontrollierten Irak verschärft und die Spannungen mit dem schiitischen Iran wuchsen. Beide Staaten unterstützen Assad. Vorläufig gescheitert ist damit das von Davutoğlu initiierte Projekt, die Türkei über eine Anbindung Syriens zur bestimmenden Macht im Nahen Osten zu machen.

Doch die Entwicklungen in Syrien haben nicht nur den regionalen Ambitionen der Türkei einen Riegel vorgeschoben. Sie haben Ankara außerdem erneut vor Augen geführt, dass die bisherige Kurdenpolitik auf Dauer nicht weiter verfolgt werden kann. Keine natürliche Grenze trennt die Kurden der Türkei von denen Syriens. Zwischen ihnen bestehen enge historische und

verwandtschaftliche Beziehungen. Die PKK rekrutiert seit zwei Jahrzehnten kurdische Jugendliche aus Syrien. Der Rückzug des syrischen Regimes von den Grenzregionen zur Türkei hat es den im Norden Syriens lebenden Kurden in weiten Teilen ihres Siedlungsgebiets ermöglicht, die öffentliche Verwaltung unter ihre Kontrolle zu bringen. In bekannter Rhetorik hat die türkische Regierung im Sommer 2012 zuerst erklärt, sie werde keine Form kurdischer Selbstverwaltung in Syrien hinnehmen, und mit militärischem Eingreifen gedroht. Anschließend hat sie darauf gesetzt, dass Masud Barzani, Präsident des föderalen kurdischen Staates im Nordirak, in Ankaras Sinne Einfluss auf die Kurden Syriens nehmen würde. Doch der aus einem Dutzend kleinerer Parteien bestehende Kurdische Nationalrat, der 2011 unter Barzanis Schirmherrschaft gegründet wurde, ändert nichts an der bestimmenden Rolle der PYD (Partei der Demokratischen Union) unter den syrischen Kurden.

Die PYD teilt die Ideologie der PKK und sieht in Öcalan ihren geistigen Mentor. Nach dem Irak ist Syrien damit bereits der zweite Staat in der Region, dessen fortschreitende Desintegration aus dem türkischen Kurdenproblem eine regionale, ja internationale Angelegenheit macht, der mit der herkömmlichen türkisch-nationalistischen Politik nicht beizukommen ist. Anders als die Kurden im Nordirak verfügen die Kurden Syriens über keine eigene große Leitfigur und orientieren sich stark am Führer der PKK.

Der Faktor Irak

Im Vorfeld des Krieges gegen den Irak Saddam Husseins waren sich in der Türkei Befürworter und Gegner einer Beteiligung an der von den USA geführten »Koalition der Willigen« darüber einig gewesen, dass die Entstehung eines Kurdenstaats im Nordirak unter allen Umständen verhindert werden müsse. Heute ist die Kurdische Regionalregierung (KRG) in Erbil wichtigster Verbündeter der Türkei in der

Region. Für die (sunnitischen) Kurden des Irak sind nach dem Abzug der Amerikaner enge Beziehungen mit der Türkei die beste Gewähr dafür, dass sie ihre Autonomie gegenüber der Zentralregierung in Bagdad wahren können. Erbil und Bagdad streiten sich über die ölfreiche Provinz Kirkuk, den genauen Verlauf des aktuellen kurdischen Siedlungsgebiets sowie die handels- und verteidigungspolitischen Kompetenzen der Kurdischen Regionalregierung. Auch in der Syrienfrage stehen sie in getrennten Lagern.

Die Kehrtwende der türkischen Politik in Richtung Erbil ist auf Druck der USA und deren Erwartung zurückzuführen, die Türkei möge helfen, die Stabilität des Irak zu sichern. Bald trat die Notwendigkeit hinzu, den Einfluss der PKK im Nordirak zu begrenzen. Inzwischen boomt die wirtschaftliche Kooperation zwischen Ankara und Erbil. Im kurdischen Nordirak stieg das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 2004 und 2011 von etwa 300 auf rund 4500 US-Dollar.

Der neue Reichtum ist die Basis für einen wahren Konsumrausch, von dem besonders die Türkei profitiert. Bei Nahrungsmitteln und Bekleidung decken sich die Kurden des Nordirak zu 80 Prozent mit türkischen Waren ein. 60 Prozent aller im Nordirak registrierten ausländischen Firmen kommen aus der Türkei. Insgesamt 1200 türkische Betriebe waren es 2011, darunter 300 Hoch- und Tiefbauunternehmen, die in Erbil ganze Stadtteile aus dem Boden stampfen.

Als Exportdestination für die Türkei liegt der Irak heute nach Deutschland bereits auf dem zweiten Platz. In den ersten elf Monaten 2012 betrug die Zuwachsrate 18 Prozent.

Wichtiger noch als das bereits Erreichte scheinen jedoch die wirtschaftlichen Perspektiven für die Zukunft. Der Nordirak besitzt die Energiequellen, die der Türkei fehlen. Gaseinfuhren aus dem Nordirak würden Ankara mehr Handlungsspielraum gegenüber Russland gewähren, von dessen Lieferungen es in hohem Maße abhängig ist. Ölimporte aus dem Irak würden die Türkei aus der Zwickmühle zwischen ihrem

Erdöllieferanten Iran und ihrem strategischen Verbündeten USA befreien. Nicht ohne Grund spricht die türkische Regierung von zwei »kompatiblen Ökonomien« und formuliert als Ziel die wirtschaftliche Integration zwischen beiden Staaten.

Der Handels- und Industrieminister des kurdischen Nordirak rechnet türkischen Journalisten bereits vor, dass die Gasreserven des Nordirak die Gasversorgung der Türkei für 300 Jahre sichern könnten, legt man das heutige Verbrauchsniveau von 40 Milliarden Kubikmetern jährlich zugrunde.

Gegen den Widerstand Bagdads hat Erbil Explorations- und Fördervereinbarungen mit Firmen wie Gazprom, Total und Exxon Mobil geschlossen. Die Kurdische Regionalregierung schreckt auch nicht davor zurück, mit den riesigen Erdölvorkommen der Provinz Kirkuk (rund 7% der Weltölreserven) zu werben, obwohl der Status der Stadt keineswegs geklärt ist.

Die Türkei bleibt ebenfalls nicht untätig: Um für das Rennen um die fossilen Energiequellen in Irakisch-Kurdistan besser gerüstet zu sein, reorganisiert Ankara die Arbeitsteilung zwischen seinen drei großen staatlichen Explorations-, Förder- und Verteilerfirmen TPAO, TPİC und BOTAS und erhöht darüber hinaus ihr Kapital und ihre Kapazitäten.

Die irakischen Kurden werden auf diese Weise zu einem Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Zukunft der Türkei. Schon jetzt wirkt sich der Boom im Nordirak positiv auf die Wirtschaft der unterentwickelten kurdischen Provinzen im türkischen Südosten aus.

»Bedrohung« und »Potential« sind grenzüberschreitend

Der syrisch-kurdischen »Bedrohung« und dem irakisch-kurdischen Zukunftspotential gemeinsam ist ihr grenzüberschreitender Charakter. Demonstriert die syrische »Bedrohung« die eingeschränkten Möglichkeiten der Türkei, sich gegen unliebsame Entwicklungen jenseits ihres Territoriums

abzusichern, steht die türkisch-irakische Grenze einer vollständigen Integration der Volkswirtschaften der Türkei und Irakisch-Kurdistans im Wege. »Bedrohung« und »Potential«, beide Phänomene sind eng mit der Existenz der türkischen Kurden verknüpft. In ihrer Gesamtheit verweist die Gemengelage aus grenzüberschreitenden kurdischen Minderheiten in der Türkei, dem Irak und Syrien sowie grenzüberschreitender Integration von Volkswirtschaften auf die Dysfunktionalität bestehender Nationalstaaten und ihrer aktuellen Grenzbeziehungen.

Diese Dysfunktionalität des (türkischen) Nationalstaats zu überwinden ist der eigentliche Antrieb für die türkische Regierung, das Risiko einzugehen und Verhandlungen mit Öcalan aufzunehmen. Dahinter steht eine neue Vision für die Zukunft der Republik Türkei und ihr Verhältnis zu den Kurden der Region.

Es ist ein Allgemeinplatz, dass Schritte zur Lösung des türkischen Kurdenproblems die »Bedrohung« aus Syrien vermindern und die Aussicht auf die Nutzung der wirtschaftlichen Potentiale des Nordirak steigern würden. Konsens ist auch, dass die Behebung des türkischen Kurdenproblems verlangt, die Ideologie des türkischen Nationalstaats zu revidieren und seine Verwaltung umzubauen. Heute haben Erdoğan und Öcalan zu einer gemeinsamen Vision gefunden, deren Besonderheit ist, dass beide die Notwendigkeit des genannten Umbaus des türkischen Nationalstaats offensiv wenden und sie zum Programm für eine neue Staatlichkeit im Nahen Osten erheben. Sie befinden sich damit im Einklang mit der außenpolitischen Programmatik von Außenminister Ahmet Davutoğlu.

Das Ende von »Sykes-Picot« und des autoritären Nationalstaats im Nahen Osten

In einem Interview am 5. März 2013 in der regierungsnahen Zeitung Yeni Şafak stellte Davutoğlu die aktuelle Suche nach einem Ausgleich mit der PKK in einen direkten

Zusammenhang mit dem herannahenden Ende der Periode von Sykes-Picot im Nahen Osten. Die Bezeichnung steht für das Abkommen, das 1916 zwischen Frankreich und England geschlossen wurde und die Grundlage für die Festlegung der Grenzen des Irak, Syriens, Jordaniens, des Libanon und der Südost-Türkei bildete. Laut Davutoğlu hätten die europäischen Mächte zwischen den muslimischen Völkern der Region im eigenen Interesse bewusst Grenzen gezogen, die blutige Auseinandersetzungen zwischen diesen zur Folge haben mussten. Heute sei es an der Zeit, die künstlichen Grenzen zu überdenken, die seit damals die Völker einer gemeinsamen Zivilisation voneinander trennen. Der Lauf der Geschichte akzeptiere dort keine geographischen Grenzen, und die heutige Türkei werde diese fremdbestimmte Periode in ihrer Geschichte und der des Nahen Ostens beenden. Davutoğlu versäumte nicht anzufügen, dass man bestehende Grenzen akzeptieren werde. Ihm nahestehende Kenner seiner Politik sprechen dieser Tage jedoch von der Möglichkeit, dass in fünf bis zehn Jahren die kurdischen Gebiete des Irak und Syriens Teil einer politisch vollkommen neu strukturierten föderalen Türkei sein könnten.

Tatsächlich ist die Überlegung, den Nordirak an die Türkei zu binden, nicht neu. In den frühen 1990er Jahren, nach der Vertreibung Saddam Husseins aus Kuwait, spielte der türkische Staatspräsident Turgut Özal mit dem Gedanken, dass die Türkei mit dem kurdischen Gebiet des Nordirak eine Föderation bilden könnte, allerdings unter der Prämisse, dass die gegebene türkische Staatlichkeit unverändert fortbestände. Özal konnte sich dabei auf eine Position berufen, die in der Türkei seit der Republikgründung etabliert ist. Als sich nach dem Ersten Weltkrieg muslimische Verbände der Regionen Anatoliens über die Schließung eines »Nationalpakts« (Misak-i Millî) zur Befreiungsbewegung gegen die europäischen Besatzer formierten, gehörte die Provinz Mosul dazu, und sie sollte Teil des neuen Staates sein.

In seiner Erklärung vom 21. März 2013 bezieht sich Abdullah Öcalan ausdrücklich auf diesen »Nationalpakt«, der damals von den Türken und Kurden des Osmanischen Reiches gemeinsam geschlossen worden war. Öcalan ruft die »Kurden, Turkmenen, Assyrer und Araber, die heute im Widerspruch zum Nationalpakt dazu verurteilt sind, voneinander getrennt in Syrien und der Arabischen Republik Irak zu leben«, zu Solidarität miteinander auf. Die von Öcalan geforderte Solidarität ist nicht ethnisch oder religiös begründet, sondern resultiert wie bei Davutoğlu aus einer gemeinsamen Geschichte und Zivilisation. Wie Davutoğlu spricht Öcalan davon, dass die autoritäre Politik der letzten 100 Jahre, die ethnische und religiöse Unterschiede negiert und die Menschen zwangsweise assimiliert habe, überwunden werden müsse. In den frühen 1920er Jahren hätten Türken und Kurden gemeinsam die nationale Befreiung der Türkei erkämpft. Heute seien Türken und Kurden »die zentralen strategischen Kräfte im Nahen Osten« und dazu aufgerufen, bei der Errichtung einer demokratischen Moderne in der Region die Vorreiterrolle zu spielen. Auch Öcalan macht »die Imperialisten« für die Etablierung des autoritären Nationalstaats im Nahen Osten verantwortlich, und wie bei Davutoğlu fehlt auch bei Öcalan nicht der Verweis auf die gemeinsame tausendjährige Geschichte der beiden Völker »unter dem Banner des Islam«.

Weltanschauung, Strategie und Taktik

Um eine säkulare türkische Nation hervorzubringen, schloss der Kemalismus, die Staatsideologie der Republik Türkei, betont fromme Muslime und andere ethnische Gruppen, insbesondere die Kurden, aus dem politischen Prozess aus. Erdoğan's Partei AKP steht für die Integration der Frommen in die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes. Mit diesem Prozess einher gingen die Kritik am Nationalstaat und die Idealisierung der kulturellen Vielfalt des Osmanischen Reiches. Deshalb

liegt es nahe, dass der Ausgleich mit den Kurden in denselben, mittlerweile in der Türkei etablierten Parametern gedacht und legitimiert wird. Insofern ergänzt der Ausgleich mit den Kurden Davutoğlus Entwurf einer in ethnischer Hinsicht pluralen, in religiöser Hinsicht muslimisch dominierten Türkei, die sich als zentrale Macht in der Region versteht. Es handelt sich bei dem Entwurf um die regionale Spielart globaler Entwicklungen, die überall zur kritischen Neubewertung des Nationalstaats und seiner politischen und wirtschaftlichen Prämissen führt. Damit tritt gleichzeitig die Notwendigkeit hervor, den Souverän neu, nämlich nicht mehr ethnisch zu definieren. Dazu ist es nötig, neue Gemeinsamkeiten zu finden. Die Bezugnahme auf gemeinsame Geschichte, Zivilisation und Religion kann hier nicht sonderlich überraschen.

Auf innenpolitischer Ebene erscheint diese Vision der Lösung des türkischen, irakischen und syrischen Kurdenproblems als die im Augenblick einzig realistische Option. Nur eine Lösung des Kurdenproblems, die macht- und wirtschaftspolitische Vorteile für die Türkei mit sich bringt, kann die Zustimmung einer türkischen Mehrheitsbevölkerung finden, deren Selbstbewusstsein stark nationalistisch unterfüttert ist. Der PKK erlaubt eine solche Lösung nach dreißigjährigem Kampf mehr als die Wahrung ihres Gesichts, nämlich die Chance auf Teilhabe an der Macht. Der kurdischen Bevölkerung der Türkei bietet sie die Aussicht auf ein Ende des Krieges und auf wirtschaftlichen Aufschwung. Regionalpolitisch schafft ein »Bündnis« der türkischen und irakischen Kurden mit der Türkei ein (trotz aller rhetorischen Bezugnahme auf den Islam) sunnitisch-säkulares Gegengewicht gegen einen schiitischen Bogen, der von Iran, Syrien und der libanesischen Hisbollah gebildet wird. Nicht wenige Beobachter in der Türkei sehen einen Zusammenhang zwischen dem Friedensplan und der aktuellen Entschuldigung Israels für die Tötung von acht türkischen Staatsbürgern während des Angriffs auf die Gaza-Hilfsflotte im Juni 2010.

Zu Fall bringen kann die gemeinsame Vision der Republik Türkei und ihres bislang größten Feindes, der PKK, jedoch der türkische und kurdische Nationalismus. Erdoğan vermeidet es deshalb nach Möglichkeit, die Zugeständnisse konkret zu benennen, die er nach dem Abzug der PKK-Kämpfer wirklich gewähren will: Öcalan, die PKK und die BDP üben sich aus demselben Grund in bislang unbekannter Mäßigung. Allerdings besteht die Führung der PKK im Kandilgebirge, aber auch diejenige in Europa darauf, dass Öcalans Haftbedingungen rasch verbessert werden. Um alle Gruppen der PKK von der neuen Strategie ihres Gründers zu überzeugen, sei es notwendig, dass er jederzeit mit allen Gliederungen Kontakt aufnehmen könne.

Dies ist nur einer der Stolpersteine, an denen der Prozess scheitern könnte. Sollte dieser erfolglos bleiben, wären neue und schwerere Kämpfe die Folge, denn alternative Konzepte und Überlegungen sind nicht in Sicht. Die Zusammenstöße der letzten Monate zwischen arabisch-sunnitischen Gruppen, die von der Türkei unterstützt werden, und Kämpfern der syrisch-kurdischen PYD zeigen, dass dieser Krieg dann früher oder später auch nach Syrien übergreifen und dort eine zusätzliche Front schaffen würde. Auch die guten Beziehungen der Türkei mit dem Nordirak stünden in diesem Fall erneut in Frage, was einem Zugewinn an Einfluss des Iran in der Region Tür und Tor öffnen würde.

Europäische Politik sollte den Verhandlungsprozess deshalb nach Kräften unterstützen, auch wenn sein Erfolg das Ende aller Diskussionen um eine türkische Mitgliedschaft in der Europäischen Union bedeutet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 34
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364